



**REGIONE AUTONOMA
TRENTINO-ALTO ADIGE**

Ufficio per le minoranze linguistiche
e della biblioteca

**REGION AUTONOMA
TRENTIN-SÜDTIROL**

Ofize per la mendranzes linguistiches
e de la biblioteca

**AUTONOME REGION
TRENTINO-SÜDTIROL**

Amt für Sprachminderheiten
und Bibliothek

VON DER STEMPELSTEUERPFLICHT NICHT BEFREITE

ANTRAGSTELLENDEN: Hier eine Stempelmarke zu 16,00€ anbringen

(Bei digital signierten Anträgen füllen Sie bitte die folgende Erklärung aus)

Der/Die Unterzeichnete erklärt, die Stempelsteuer in Höhe von 16,00 € durch elektronische Stempelmarke mit der folgenden **Kennnummer** bezahlt zu haben

Datum:

Die elektronische Stempelmarke muss gemäß den gesetzlichen Bestimmungen aufbewahrt und bei Kontrollen vorgelegt werden.

VON DER STEMPELSTEUERPFLICHT BEFREITE

ANTRAGSTELLENDEN: Den Grund der Befreiung von der Stempelsteuerpflicht angeben

☐ Im Einheitsregister RUNTS eingetragene Körperschaft des Dritten Sektors (Art. 82 Abs. 5 des GvD Nr. 117/2017)

☐ Sonstiges: (Bezugsbestimmungen angeben)

**An das Amt für Sprachminderheiten und Bibliothek
Via Gazzoletti 2 – 38122 TRIENT**

☐ per zertifizierte E-Mail übermittelt an: min@pec.regione.taa.it

☐ per Einschreiben mit Rückschein zugesandt / persönlich abgegeben beim Amtsgebäude der Region in Trient (Via Gazzoletti 2 – 38122 Trient)

GESUCH UM BEITRAG FÜR BETRIEBSAUSGABEN

RG Nr. 3/2018 – DPRReg. Nr. 9/2025

bis zum 31. Jänner des Bezugsjahres einzureichen

Der/Die unterzeichnete geboren am in

Steuer-Nr. gesetzlicher Vertreter/gesetzliche Vertreterin von

Steuer-Nr. MwSt.-Nr.

mit Rechtssitz in der Gemeinde PLZ

Straße/Platz Nr. Provinz

Telefon: Mobiltelefon: zertifizierte E-Mail

E-Mail Bankverbindung: IBAN

Bank

Rechtsnatur der antragstellenden Organisation

☐ Verein ☐ seit mehr als ein Jahr errichtetes Komitee ☐ Genossenschaft
☐ Verband ☐ Stiftung ☐ Sonstiges

im RUNTS eingetragen ☐ ja Rep.-Nr. Sekt. ☐ nein

ERSUCHT

im Sinne des DPRReg. Nr. 9/2025 (II. Abschnitt Art. 21 ff.) um einen **Beitrag für Betriebsausgaben** für die Durchführung der für das Jahr geplanten Tätigkeit, wie aus dem beiliegenden Bericht und den Satzungsbestimmungen hervorgeht.

ER/SIE ERKLÄRT,

- **in die** mit DPRReg. vom 29. Mai 2025, Nr. 9 erlassene **Verordnung** und in den gemäß Art. 37 der Verordnung jährlich genehmigten Beschluss der Regionalregierung betreffend die programmatischen Prioritäten, die Kriterien und die damit zusammenhängenden Bestimmungen **Einsicht genommen zu haben**;
- **dass die antragstellende Körperschaft / der antragstellende Verein ihre/seine Tätigkeit ununterbrochen seit mindestens zwei Jahren im Gebiet der Region ausübt** (bzw. seit mindestens sechs Monaten im Falle von Komitees, die eigens zur Durchführung von in der Satzung oder Gründungsurkunde genau festgelegten Initiativen, Projekten und Tätigkeiten eingesetzt werden);
- **dass die Körperschaft / der Verein kein offensichtliches wirtschaftliches, finanzielles oder Kapitalungleichgewicht** – wie im Beschluss laut Art. 4 Abs. 3 der Verordnung definiert – **aufweist**;
- in die auf der offiziellen Website der Region <https://www.regione.taa.it/Privacy> veröffentlichte **Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten** laut Art. 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 **Einsicht genommen zu haben** und seine/ihre Einwilligung zur Verarbeitung seiner/ihrer personenbezogenen Daten zu erteilen;
- alle Verpflichtungen zum Schutz personenbezogener Daten in Bezug auf die in diesem Gesuch genannten Daten Dritter **erfüllt zu haben**;
- **sich der strafrechtlichen Folgen** laut Art. 76 des DPR vom 28. Dezember 2000, Nr. 445 i.d.g.F im Falle von Falscherklärungen sowie der Tatsache **bewusst zu sein**, dass die Vorteile, die sich eventuell aus einer aufgrund wahrheitswidriger Erklärungen erlassenen Maßnahme ergeben, gemäß Art. 75 des erwähnten DPR aberkannt werden.

ER/SIE ERKLÄRT SICH EINVERSTANDEN,

- **dass jede Mitteilung in Bezug auf dieses Gesuch** an sein/ihr E-Mail-Postfach (oder – falls angegeben – an sein/ihr zertifiziertes E-Mail-Postfach) gesandt wird;

ER/SIE VERPFLICHTET SICH,

- **jede Mitteilung in Bezug auf dieses Gesuch regelmäßig im angegebenen E-Mail-Postfach zu kontrollieren**;
- **ihre/seine Mitarbeitenden** – sofern diese angestellt sind – ordnungsgemäß beim INPS/NISF und INAIL anzumelden und die Pflichtbeiträge für Vorsorge-, Fürsorge- und Sozialversicherung einzuzahlen;
- gemäß Art. 6 Abs. 3 der Verordnung die **Dienstleistungserbringer und Wirtschaftsteilnehmer** unter Beachtung der Grundsätze der Effizienz, der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit nach dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis zu bestimmen.

Die Kontaktperson für dieses Gesuch ist Herr/Frau

Telefon-Nr. / Mobiltelefon-Nr.

E-Mail-Adresse

Ort und Datum

Vollständige und leserliche Unterschrift des gesetzlichen Vertreters / der gesetzlichen Vertreterin

(bei digitaler Unterschrift Name und Vorname und die Anmerkung „digital signiert“ eingeben)

Im Sinne des Art. 38 des DPR vom 28. Dezember 2000, Nr. 445 wurde diese Erklärung:

☐ *in Anwesenheit des zuständigen Beamten / der zuständigen Beamtin unterzeichnet.*

☐ *unterzeichnet und zusammen mit einer nicht beglaubigten Fotokopie eines gültigen Erkennungsausweises der unterzeichnenden Person eingereicht/zugesandt.*

☐ *digital signiert.*

a) Bericht zur Erläuterung der geplanten satzungsgemäßen Tätigkeit

b) VERZEICHNIS DER VORGESEHENEN BETRIEBSAUSGABEN

Zur Bestimmung der zugelassenen Ausgabe werden ausschließlich die für die Ausübung der satzungsmäßigen Tätigkeit erforderlichen Ausgaben laut Art. 21 Abs. 1 des DPRReg. vom 29. Mai 2025, Nr. 9 berücksichtigt:

VORGESEHENE BETRIEBSAUSGABEN	Betrag	Dem Amt vorbehalten
a) Ausgaben für das angestellte Personal einschließlich der Sozialbeiträge und für die entsprechende Aus- und Weiterbildung		
b) Ausgaben für nicht auf einzelne Projekte bezogene Arbeitsleistungen von selbstständig Erwerbstätigen und gelegentliche selbstständige Arbeit, einschließlich der Sozialbeiträge;		
c) laufende Betriebskosten (Art. 21 Buchst. c) DPRReg. Nr. 9/2025)		
Miete der Räumlichkeiten des Sitzes		
Miete von Geräten		
Nebenkosten		
Heizung		
Reinigung		
Kosten für Multimedia		
Postgebühren		
Verbrauchsmaterial		
Kanzleibedarf und Drucksachen		
kleinere ordentliche Wartungsarbeiten		
Buchhaltungs-, Steuer- und Rechtsberatungen		
allgemeine Versicherungen		
Werbung und Information		
weitere Ausgaben für die ordentliche Tätigkeit		
Vorgesehene Gesamtbetriebsausgaben		

Der unterzeichnete gesetzliche Vertreter / Die unterzeichnete gesetzliche Vertreterin erklärt, dass besagte Ausgaben für die Durchführung des genehmigten beiliegenden jährlichen Tätigkeitsprogramms und nicht für darin nicht vorgesehene einzelne Projekte und außerordentliche Tätigkeiten bestritten werden.

Datum und Ort

Vollständige und leserliche Unterschrift des/der gesetzlichen Vertreters/Vertreterin

(bei digitaler Unterschrift Name und Vorname und die Anmerkung „digital signiert“ eingeben)

c)

**FINANZIERUNGSPLAN MIT ANGABE DER FINANZIELLEN MITTEL,
DIE ZUR DECKUNG DER BETRIEBSAUSGABEN BEITRAGEN**

FINANZIELLE (nicht von der Region gewährte) MITTEL zur Deckung der Betriebsausgaben	Betrag	Dem Amt vorbehalten
Eigenmittel		
Mitgliedschafts-, Teilnahme- oder Anmeldungsgebühren		
Etwaige Zahlungseingänge oder Einnahmen aus der ordentlichen Tätigkeit		
Privates Sponsoring		
Schenkungen und Spenden		
Beiträge, um die bei anderen öffentlichen Körperschaften angesucht wurde:		
Insgesamt finanzielle Ressourcen		
Der FEHLBETRAG wird vom Amt berechnet		

Ort und Datum

Vollständige und leserliche Unterschrift des gesetzlichen Vertreters / der gesetzlichen Vertreterin

(bei digitaler Unterschrift Name und Vorname und die Anmerkung „digital signiert“ eingeben)

Erklärung über die Absetzbarkeit der MwSt. und den 4 %-IRES-Einbehalt (Art. 28 des DPR vom 29.9.1973, Nr. 600)

Der/Die unterfertigte

gesetzlicher Vertreter / gesetzliche Vertreterin der Körperschaft / des Vereins

Steuer-Nr.

MwSt.-Nr.

mit Rechtssitz in der Gemeinde

Straße/Platz

ist sich der strafrechtlichen Folgen laut Art. 76 des DPR vom 28. Dezember 2000, Nr. 445 i.d.g.F. im Falle von Falscherklärungen sowie der Tatsache bewusst, dass die Vorteile, die sich aus einer aufgrund wahrheitswidriger Erklärungen erlassenen Maßnahme ergeben,

gemäß Art. 75 des DPR Nr. 445/2000 aberkannt werden. In Bezug auf die genannte Initiative

ERKLÄRT ER/SIE UNTER EIGENER VERANTWORTUNG,

dass zwecks Anwendung des **4 %-Steuereinbehalts** laut Art. 28 des DPR vom 29. September 1973, Nr. 600 auf die Finanzierung, für die die Auszahlung beantragt wird, Folgendes zutrifft:

Nicht gewerbliche Körperschaften	Die Finanzierung unterliegt dem Steuereinbehalt.	☐ Der Beitragsempfänger übt zwar nicht ausschließlich oder hauptsächlich gewerbliche Tätigkeiten aus, verwendet den Beitrag aber zur Senkung der Betriebskosten oder zur Deckung von Betriebsfehlbeträgen, zu denen Einnahmen aus gewerblichen Tätigkeiten (Sponsorverträge, Verkauf von Eintrittskarten, Verkauf von Dienstleistungen an Dritte, Verkauf und Verabreichung von Getränken und Speisen usw.) beitragen. ¹
	Die Finanzierung unterliegt nicht dem Steuereinbehalt.	☐ Der Beitragsempfänger übt keine, auch nicht gelegentliche, gewerbliche Tätigkeit aus; ☐ Der Beitrag dient ausschließlich zur Deckung von Ausgaben oder Fehlbeträgen, zu deren Bildung nur Einnahmen institutioneller Natur beitragen (z. B. Beiträge der Mitglieder bzw. öffentlicher Körperschaften, freiwillige Zuwendungen). Falls sonstige Einnahmen aus einer gewerblichen Tätigkeit vorhanden sind, werden diese mit getrennter Buchhaltung verwaltet ² ; ☐ Der Beitrag dient zum Ankauf und zur Modernisierung von instrumentalen Gütern (materielle bzw. immaterielle Anlagegüter); ☐ Der Beitrag ist aufgrund einer ausdrücklichen Ausnahmeregelung laut Gesetz ³ von der Steuereinbehaltspflicht befreit.
Gewerbliche Körperschaften	Die Finanzierung unterliegt dem Steuereinbehalt.	☐ Der Beitrag dient zur Verminderung von Betriebskosten oder zur Deckung von Betriebsverlusten eines gewerblichen Unternehmens ⁴ .
	Die Finanzierung unterliegt nicht dem Steuereinbehalt.	☐ Der Beitrag ist ausschließlich für die Deckung der Kosten für den Besuch oder die Durchführung von Ausbildungskursen für das interne Personal bestimmt; ☐ Der Beitrag dient zum Ankauf und zur Modernisierung von instrumentalen Gütern (materielle bzw. immaterielle Anlagegüter); ☐ Der Beitrag ist aufgrund einer ausdrücklichen Ausnahmeregelung laut Gesetz ⁵ von der Steuereinbehaltspflicht befreit.

ER/SIE ERKLÄRT UNTER EIGENER VERANTWORTUNG,

dass die Mehrwertsteuer in Bezug auf die Ausgabenbelege

- ☐ vollständig **absetzbar** ist
- ☐ **nicht absetzbar** ist, weil
- ☐ die durchgeführte Tätigkeit nicht mehrwertsteuerpflichtig ist.
- ☐ die durchgeführte Tätigkeit gemäß Art. 10 des DPR Nr. 633/1972 nicht mehrwertsteuerpflichtig ist.
- ☐ die MwSt. gemäß Gesetz Nr. 66/1992 und Gesetz Nr. 398/1991 entrichtet wird.
- ☐ Sonstiges (genau angeben)
- ☐ **teilweise absetzbar** ist, weil sowohl mehrwertsteuerpflichtige als auch nicht mehrwertsteuerpflichtige Tätigkeiten durchgeführt werden. Prozentsatz der Absetzung angeben:

Der/Die Unterzeichnete erklärt ferner, dass er/sie sich der Pflicht bewusst ist, eventuelle Änderungen am Inhalt dieser Erklärung – insbesondere jene laut Art. 149 des DPR Nr. 917/1986 – unverzüglich mitzuteilen.

Ort und Datum

Vollständige und leserliche Unterschrift des gesetzlichen Vertreters / der gesetzlichen Vertreterin

(bei digitaler Unterschrift Name und Vorname und die Anmerkung „digital signiert“ eingeben)

¹ Die Einnahmen aus einer gewerblichen Tätigkeit werden nicht mit getrennter Buchhaltung verwaltet.

² Art. 143 Abs. 1 und Art. 144 Abs. 2 des DPR vom 22. Dezember 1986, Nr. 917

³ Daten der Gesetzesbestimmung angeben

⁴ Das heißt eines steuerpflichtigen Rechtssubjekts, das eine Tätigkeit ausübt, die ein Unternehmenseinkommen laut Art. 55 des DPR Nr. 917/1986 erzeugt.

⁵ Daten der Gesetzesbestimmung angeben

ZUR BEARBEITUNG DES GESUCHS WERDEN FOLGENDE UNTERLAGEN BEIGELEGT (Art. 22 des DPReg. vom 29. Mai 2025, Nr. 9):

- a) Bericht über die im Vorjahr durchgeführte Tätigkeit
- b) Kopie eines gültigen Erkennungsausweises des gesetzlichen Vertreters / der gesetzlichen Vertreterin und eventuelle Unterlagen zum Nachweis seiner/ihrer Ernennung, falls das Gesuch nicht digital signiert wird
- c) Einfache Kopie der Gründungsurkunde und der geltenden Satzung der Körperschaft bzw. des Vereins, wenn diese nicht bereits mit einem vorherigen Gesuch vorgelegt wurden oder in amtlichen digitalen Registern (RUNTS, Unternehmensregister usw.) einsehbar sind
- d) Kopie des für das Bezugsjahr genehmigten Haushaltsvoranschlags und des Protokolls über dessen Genehmigung durch das zuständige Organ
- e) Kopie des zuletzt genehmigten Jahresabschlusses samt Protokoll über dessen Genehmigung durch das zuständige Organ, sofern diese Dokumente nicht in amtlichen digitalen Registern veröffentlicht sind